



## ZDF-Politbarometer September II 2014

ZDF-Politbarometer September II 2014  
Deutliche Mehrheit befürwortet US-Luftangriffe in Syrien  
AfD im Plus - aber zu wenig Abgrenzung gegen rechts  
Eine Mehrheit von 62 Prozent aller Befragten hält die Luftangriffe der USA und einiger arabischer Länder gegen die IS-Terrormiliz in Syrien für gerechtfertigt. Lediglich 26 Prozent sprechen sich dagegen aus, 12 Prozent wollen sich in dieser Frage nicht festlegen. In allen Parteienhängergruppen gibt es hierbei eine - wenn auch unterschiedlich starke - mehrheitliche Unterstützung. Deutschland sollte mehr Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak aufnehmen  
Der Bürgerkrieg und der IS-Terror in Syrien und dem Irak haben eine große Flüchtlingswelle zur Folge. 51 Prozent aller Befragten sind der Meinung, dass Deutschland jetzt auch deutlich mehr Flüchtlinge aus diesen Ländern aufnehmen sollte, 40 Prozent sind dagegen (Rest zu 100 Prozent hier und im Folgenden jeweils "weiß nicht"). Besonders aufgeschlossen gegenüber einer verstärkten Aufnahme von Flüchtlingen sind dabei die Anhänger der Grünen (68 Prozent), während die Zustimmung dafür bei denen der CDU/CSU und der AfD (jeweils 49 Prozent) am niedrigsten ist. Terrorangst auch in Deutschland  
Dass es in nächster Zeit auch in Deutschland zu Terroranschlägen kommt, glauben 60 Prozent, lediglich 37 Prozent haben diese Befürchtung nicht. Gleichzeitig meint allerdings eine Mehrheit von 55 Prozent, dass genug getan wird, um uns vor Terrorangriffen zu schützen, nur 28 Prozent sind damit unzufrieden.  
Projektion: AfD weiter im Aufwind nach den Wahlen im Osten  
Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, käme die CDU/CSU auf 41 Prozent (minus 1) und die SPD auf 26 Prozent (plus 1). Die Linke könnte mit 8 Prozent (minus 1) und die Grünen mit 9 Prozent (unverändert) rechnen. Während die FDP unverändert bei 3 Prozent bliebe, käme die AfD jetzt auf 7 Prozent (plus 1). Die anderen Parteien zusammen erzielten 6 Prozent (unverändert). Neben Schwarz-Rot würde es damit auch für Schwarz-Grün reichen, während Rot-Rot-Grün weiterhin ohne Mehrheit wäre. Rechnerisch wäre auch eine Koalition aus CDU/CSU und AfD möglich. Eine solche Koalition ist allerdings die unbeliebteste aller möglichen Regierungsbündnisse. Lediglich 13 Prozent aller Befragten und nur 9 Prozent der CDU/CSU-Anhänger fänden eine Regierung aus CDU/CSU und AfD nach der nächsten Bundestagswahl gut, 65 Prozent bzw. 70 Prozent aber schlecht.  
AfD und der rechte Rand  
Eine Mehrheit von 53 Prozent aller Befragten ist der Auffassung, dass sich die AfD nicht genügend von rechtsextremen Positionen und Mitgliedern abgrenzt. Nur 19 Prozent sehen da keine Defizite, und 28 Prozent können das nicht einschätzen. Lediglich die Anhänger der AfD meinen mehrheitlich (63 Prozent), dass ihre Partei sich dabei genügend abgrenzt (zu wenig Abgrenzung: 25 Prozent).  
Top Ten  
fast durchweg mit verbesserten Werten  
Auch in diesem Politbarometer führt Bundeskanzlerin Angela Merkel die Liste der nach Ansicht der Befragten wichtigsten zehn Politiker/innen an. Sie erreicht jetzt auf der Skala von +5 bis -5 einen verbesserten Durchschnittswert von 2,7 (Sept. I: 2,5). Auf Platz zwei liegt Frank-Walter Steinmeier mit ebenfalls verbesserten 2,1 (Sept. I: 1,9). Danach folgen Wolfgang Schäuble mit 1,9 (Sept. I: 1,8), Sigmar Gabriel mit 1,2 (Sept. I: 1,1), Thomas de Maizière mit 1,1 (Sept. I: 0,9), Ursula von der Leyen mit deutlich verbesserten 1,0 (Sept. I: 0,6), Peer Steinbrück mit unveränderten 0,8, Andrea Nahles mit 0,4 (Sept. I: 0,3), Horst Seehofer mit 0,3 (Sept. I: 0,2) und das neue Schlusslicht Gregor Gysi mit unveränderten 0,3.  
Deutschland und die Ebola-Epidemie  
In dieser Woche hat Deutschland begonnen, die Bekämpfung der Virenseuche Ebola in Westafrika zu unterstützen. Lediglich 38 Prozent meinen, dass Deutschland genügend tut, um vor Ort Hilfe zu leisten, 47 Prozent halten das deutsche Engagement für ungenügend. Gleichzeitig meint knapp die Hälfte (47 Prozent), dass die Ebola-Epidemie auch Deutschland erreichen wird, 50 Prozent glauben das nicht.  
Die Umfrage zum Politbarometer wurde wie immer von der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen durchgeführt. Die Interviews wurden in der Zeit vom 23. bis 25. September 2014 bei 1184 zufällig ausgewählten Wahlberechtigten telefonisch erhoben. Die Befragung ist repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Der Fehlerbereich beträgt bei einem Parteienanteil von 40 Prozent rund +/- drei Prozentpunkte und bei einem Parteienanteil von 10 Prozent rund +/- zwei Prozentpunkte. Daten zur politischen Stimmung: CDU/CSU: 42 Prozent, SPD: 29 Prozent, Linke: 6 Prozent, Grüne: 10 Prozent, FDP: 2 Prozent, AfD: 8 Prozent. Das nächste Politbarometer sendet das ZDF am Freitag, 10. Oktober 2014.  
Weitere Informationen zur Methodik der Umfrage unter [www.forschungsgruppe.de](http://www.forschungsgruppe.de)  
Download Grafik (Copyright: ZDF/Forschungsgruppe Wahlen) [www.heute.dehttp://twitter.com/ZDF](http://www.heute.dehttp://twitter.com/ZDF)  
<http://twitter.com/ZDF>  
Fotos sind erhältlich über ZDF Presse und Information, Telefon: 06131 - 70-16100, und über <http://pressefoto.zdf.de/presse/politbarometer>  
ZDF-ZDF-Strasse 1  
55100 Mainz  
Deutschland  
Telefon: +49 (0) 6131-700  
Telefax: +49 (0) 6131-70-12157  
URL: <http://www.zdf.de>

### Pressekontakt

ZDF

55100 Mainz

[zdf.de](http://zdf.de)

### Firmenkontakt

ZDF

55100 Mainz

[zdf.de](http://zdf.de)

Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) ist eine der größten öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten Europas mit Sitz in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt Mainz. Gemeinsam mit den in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und dem Deutschlandradio bildet das ZDF den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland. Das ZDF startete mit ca. 2.200 fest angestellten Mitarbeitern und hat heute ca. 3.600 Mitarbeiter.